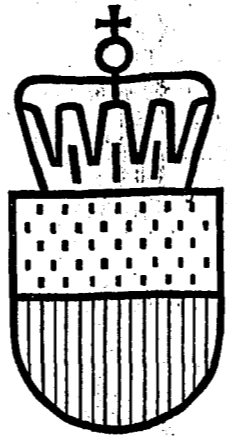


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 12 Rp. 30 Rp.
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ Vaduz, Dienstag, 6. April 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 49

Der Kleinstaat im kommenden Grosstaat Europa

Über dieses Thema sprach am Sonntagabend im dicht besetzten Saal des Rathauses in Schaan Seine Kaiserliche Hoheit Dr. Otto von Habsburg. Die Autorität des für diesen Vortrag an der Volkshochschule gewonnenen Referenten zeichnete HH. Kanonikus Pfarrer Tschuor im Eröffnungswort: «Unser Gruss gilt heute abend hohen Herrschaften, Träger grosser geschichtlicher Namen, die mit Europa untrennbar verbunden sind. Das Haus Habsburg und das Haus Liechtenstein stehen auch in enger Beziehung zum Thema des heutigen Abends. Unser verehrter Landesfürst Franz Josef II. steht an der Spitze eines dieser Staaten, von denen die Rede ist. Seine Kaiserliche Hoheit Dr. Otto von Habsburg ist durch die Familiengeschichte mit diesem Thema verbunden, denn unter dem Hause Habsburg bestand ja schon einmal ein Grosstaat Europa. Sie ist wie kein anderes fürstliches mit einem grossen Europa liiert. Ich

möchte beiden hohen Herren für ihr Kommen herzlich danken.

Die Vorträge der Volkshochschule standen diesen Winter alle irgendwie unter dem Motto: «Blick in die Zukunft.» Es ist so unendlich viel um Werden und Kommen begriffen, dass es sicher die Aufgabe einer Institution ist, die der Bildung der Erwachsenen sich widmet, auf diese Zukunft auf eine ihr mögliche Weise vorzubereiten.

So ist auch das heutige Thema unter dieser Sicht gewählt worden. Was wird aus einem Kleinstaat werden, wenn Gross-Europa geboren wird? In meinen Augen ist es kein Zufall, dass das Haupt jener Kaiserfamilie, die so eng mit Europa verbunden ist, ein Buch geschrieben hat, das zwar nicht diesen Titel hat, sondern so betitelt ist: Im Frühling der Geschichte.

Heute, da wir nicht wissen, wie die Integration Europas sich vollziehen, vor allem unter welchen Zeichen sie werden wird, ist es tröstlich dieses Buch in die Hände zu bekommen, hat es doch jemand geschrieben, der sich durch grosse Kenntnis der Weltgeschichte, aber auch in Theologie und Philosophie auszeichnet, der aber auch zugleich durch sein Ahnenerbe, als Sohn eines Kaisers, den viele als Heiligen verehren, nämlich des Kaisers Karl, der nicht bloss um Österreich sondern, das dürfen wir ruhig sagen, um Europa willen leiden musste, befähigt ist wie selten jemand, uns eine tröstliche Botschaft über Europa zu bringen und damit auch über uns zu bringen. Und es ist tröstlich nur dann, wenn im kommenden Europa der Kleinstaat zu Recht und notwendig besteht und mit seiner Eigenart bleibt.

Dr. Otto von Habsburg überliess uns freundlicherweise das Manuskript seines interessanten Vortrages. In Fortsetzungen werden wir die Ausführungen des Herrn Referenten unserer Leserschaft unterbreiten. Übergeben wir das Wort Dr. Otto von Habsburg:

«Wenn wir das Ergebnis des Ersten und das des Zweiten Weltkrieges im Kartenbild vergleichen, so fällt uns ein wesentlicher Unterschied auf, der uns auf völlig entgegengesetzte Entwicklungstendenzen im ersten und im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts schliessen lässt. Der Erste Weltkrieg endet mit der Zerstörung einiger grosser Staaten und der Entstehung zahlreicher neuer mittlerer und kleinerer Souveränitäten. Der Zweite Weltkrieg führte trotz der Auflösung der europäischen Kolonialreiche zur Bildung einer Reihe von Grossräumen. Wir dürfen es freilich nicht bei der Betrachtung der politischen Karte bewenden lassen, die uns die Tendenz zum Grossraum oft nicht verdeutlicht, sondern müssen die Gemeinsamen Märkte, die supranationalen Verteidigungspakte, Zollunionen und auch die Satellitensysteme in die Karte eintragen. Erst dann erhalten wir ein richtiges Bild von einer entscheidenden Strömung unserer Zeit. Wir müssen also unsere Begriffe ein wenig vordatieren und die EWG, die NATO, das COMECON, die arabische Liga und ähn-

liche Organisationen bereits als organisierte Grossräume annehmen, was sie vermutlich erst in zwei bis drei Jahrzehnten sein werden. Wir fügen hinzu, dass sich die Bildung einer supranationalen Grossraumordnung nicht unbedingt in den genauen Grenzen vollziehen wird, die uns durch die erwähnten Organisationen heute schon als vorgezeichnet erscheinen, sondern dass sich die Grenzen noch verändern können. Auch ist noch nicht abzusehen, ob es auf der Erde genau so viele Grossräume geben wird, wie sich jetzt bereits abzeichnen, und es kann auch als sicher gelten, dass sich die einen rascher konstituieren, während andere unter Entwicklungshemmungen leiden, wie wir sie schon heute aus verschiedenen oder gleichen Gründen an der arabischen Welt, an Europa oder Südamerika feststellen können. Die gemeinsame Tendenz aber wird bestehen bleiben.

Was sich im Ersten Weltkrieg durchgesetzt hatte und die in den Pariser Verträgen geschaffene Staatenordnung bestimmte, war das Ordnungsprinzip des vorigen Jahrhunderts, der Nationalstaatsgedanke. Er hat Vorläufer schon in der Welt des sogenannten Ancien Régime. Insbesondere hat das französische Königtum seit dem 16. Jahrhundert bereits nationalstaatliche Leitgedanken in seiner Politik verwendet. Diese Ansätze aber nehmen virulente Form erst mit und nach der Grossen Revolution an. Im Zusammenhang mit der Idee der Volkssouveränität, wie sie Rousseau in klassischer Gestalt geprägt hat, und des Volksgedankens, wie er sich in Deutschland seit Herder und mit der Romantik, von Deutschland ausgehend auch unter den kleinen Völkern des östlichen Mitteleuropas entwickelt hat, wird der Gedanke des Nationalstaates zum Nationalismus, zu einer Ersatzreligion, einer Lehre, die man für ein Postulat der menschlichen Existenz hält. Im Namen dieser nationalstaatlichen Neuordnung Europas sind grosse und blutige Kriege geführt worden wie der italienische von 1859 und der deutsche von 1866, der deutsch-französische und auch der russisch-türkische von 1877/78.

Der Nationalstaatsgedanke, auch das Nationalitätenprinzip genannt, beruht auf den Grundsätzen, dass jede Nation ihren eigenen Staat haben, dass sie in einem einzigen Staat vereint sein und dass dieser womöglich keine anderen Nationen einschliessen solle. Diese letzte Formulierung ist zum Beispiel im Artikel 3 des Verfassungsentwurfes der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 festgelegt worden und war eine der Ursachen ihres Scheiterns, da er entweder den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Reich oder die Zerschlagung der Donaumonarchie nach sich ziehen musste. Die Geschichte geht oft merkwürdige Umwege. In der Folge hat der Artikel 3 der Frankfurter Verfassung von 1848/49 nach nicht ganz zwei Jahrzehnten zur Vertreibung Österreichs aus dem Deutschen Bund geführt — was übrigens ja auch den Austritt Ihres Fürstentums aus dieser Staatenföderation bedeutete — und 70 Jahre

Schweizer Fernsehen und Liechtenstein...

Zehntausende von Fernsehzuschauern konnten am letzten Sonntagmorgen das Hochamt aus der Fürst-Johannes-Jubiläumskirche in Balzers auf den Bildschirmen mitverfolgen. Über Initiative von HH. Dr. Wüst, Generalsekretär des SKVV und in Zusammenarbeit mit dem Studio Zürich des Schweizer Fernsehens, kam diese ausgezeichnete Direktübertragung zustande, die wohl von den meisten Zuschauern als äusserst gelungen bezeichnet werden muss. Die Bildführung, der Kommentar von HH. Dr. Wüst, die Predigt von Pfarrer Candrea und der Gesang waren einer Fernsehübertragung würdig. — Meines Wissens, kostet eine Direktübertragung wie jene aus Balzers rund 70 000 Schweizer Franken. Zusammen mit vielen anderen Themen aus Liechtenstein, über die das Deutschschweizer Fernsehen im Laufe des Jahres berichtet, dürften die «Liechtensteiner Sendezeit» und die damit verbundenen Kosten einen respektablen Rahmen in gesamtschweizerischer Sicht einnehmen. — Es ist mir in diesem Zusammenhang wieder einmal in den Sinn gekommen, wie schnell und übereifrig gewisse Kreise gelegentlich gegen die Konzessionsgebühren, die die liechtensteinischen Fernsehteilnehmer in die Schweiz zahlen, polemisieren. Hoffentlich haben die besagten Kreise auch am Sonntag zugehört und hoffentlich sitzen sie immer dann vor dem Bildschirm, wenn ein Beitrag aus dem Fürstentum Liechtenstein kommt. Vielleicht würde das ihre Voreingenommenheit ein bisschen dämpfen.

nach dem Frankfurter Beschluss auch noch die Zerstörung Österreichs gezeitigt, ohne dass damit die damalige Absicht, die deutschen Gebiete der habsburgischen Monarchie mit dem Deutschen Reich zu vereinen, verwirklicht werden konnte. Vielmehr wurde der bei der Zerschlagung des übernationalen österreichischen Staates übrigbleibende Rest zum Nationalstaat deklariert und es entstand zuerst einmal das, was ein neuer Autor den «Staat, den keiner wollte» genannt hat. Im Namen des Nationalitätenprinzips hat Hitler 1938 den österreichischen Staat in das Deutsche Reich einverleibt, aber gerade dadurch hat er unter den Österreichern den Willen zur Selbständigkeit gestärkt. Man könnte sagen, dass der Nationalist und grossdeutsche Fanatiker Hitler der eigentliche Vater der kleinösterreichischen Staatsidee geworden ist, während der Österreicher Seipel auf die Frage, wo seine grösste Schwierigkeit liege, noch antworten musste: «Darin, dass es keine Österreicher gibt.»

(Fortsetzung folgt)

Vorarlberg demonstrierte

Bregenz (apa) Am Freitagabend manifestierten in Bregenz etwa 25 000 bis 30 000 Menschen wegen der Benennung des neuesten Bodenseeschiffes. Die Vorarlberger wünschten den Namen «Vorarlberg», während aus Wien die Weisung kam, das Schiff auf den Namen des ehemaligen Bundespräsidenten Karl Renner zu taufen. Später schlug Wien den Namen «Europa» vor. In minutenlangen Sprechchören forderte die Menge den Rücktritt von Verkehrsminister Otto Probst.

Der Bregenzer Kornmarkt war schon lange vor dem Beginn der Kundgebung abgesperrt worden. Der Verkehr war umgeleitet worden. Die umliegenden Häuser hatten beflaggt. Zahlreiche Transparente waren wieder aufgezogen, doch hatten die Veranstalter an die Hersteller appelliert, auf beleidigende oder herabwürdigende Inschriften zu verzichten. Die Aufschriften lauteten u. a. «Das Recht geht vom Volk aus», «Nit lugg lo», «Ist der Minister auch ein Wiener, so ist er doch des Volkes Diener». Auch eine Tiroler Abordnung war mit einem Spruchband dabei: «Tiroler für Vorarlberg». Die Kundgebung verlief genau nach dem vorgesehenen Programm, ohne Zwischenfälle.

Als Sprecher des Aktionskomitees für die Vorarlberger Heimatkundgebung ergriff der Bregenzer Versicherungsdirektor Josef Kinzel das Wort. Er teilte der Menge mit, das Verkehrsministerium habe die Fertigstellungsarbeiten am Schiff in Fußach mit sofortiger Wirkung einstellen lassen, da die Arbeiter in Kornburg für dringendere Arbeiten benötigt würden. Infolgedessen könne eine Inbetriebnahme bis Ostern nicht mehr vorgenommen werden. Kinzel erinnerte an die Volkskundgebung vom 21. November 1964 in Fußach und betonte, dass die Vorarlberger in «ihrem» Schiff, notgetauft auf «Vorarlberg», ein Symbol der Freiheit und des Mitsprachenechts erblickten. So fast nach jedem Satz wurde der Redner von tosendem Beifall unterbrochen. Sobald der Name Minister Probst fiel, entönte ein anhaltendes Pfeifkonzert, das in Sprechchören wie «Rücktritt» oder «Abtreten» überging. Die Trompeten, Posaunen und Pauken der aufmarschierenden Musikkapellen unterstützten die Beifalls- und Mißfallenskundgebungen.

Am Schluß der Kundgebung wurde eine an Landeshauptmann Dr. Herbert Kestler gerichtete Resolution verlesen, die gleichfalls mit großem Beifall aufgenommen wurde. Sie enthält einen Dank für die Bemühungen des Landeshauptmanns um eine dem Wunsche der ganzen Vorarlberger Bevölkerung entsprechende Benennung des neuen Bodenseeschiffes und scharfe Angriffe gegen Verkehrsminister Probst. Die Vorarlberger, heißt es darin u. a., halten die nach dem 21. November 1964 in Fußach vorgenommene Nottaufe auf den Namen «Vorarlberg» nach Seebrauch für richtig und unabänderlich. Der Verkehrsminister möge gesunde föderalistische Rechte anerkennen und dem Wunsche zustimmen und dem Schiff diesen Namen lassen, «wenn er weither als wirklicher Beauftragter der Bevölkerung» gelten soll.

Vernichtender Schlag für den Fremdenverkehr unseres Landes

Resolution des Verkehrsvereins Vaduz zum Projekt eines thermischen Kraftwerkes in Rüthi

Im Zusammenhang mit dem projektierten Bau eines thermischen Kraftwerkes im Schweizer Rheintal, richtete der Verkehrsverein Vaduz eine einstimmige Resolution an die Fürstliche Regierung, die gleichzeitig an die Gemeindevorstellungen des ganzen Landes, an die örtlichen Verkehrsvereine, an diverse Verbände und Vereinigungen gerichtet war. In dieser Resolution, die vom 30. März datiert ist, heisst es wörtlich:

In der in- und ausländischen Presse ist schon viel über das Projekt «Raffinerie und Thermisches Kraftwerk Rüthi» geschrieben worden. Befürworter, Gegner und Fachleute haben Stellung bezogen. Die Gegensätze sind gross, insbesondere unter den Fachleuten sind die Wi-

dersprüche gravierend. Diese unterschiedliche Beurteilung der möglichen schädigenden und belästigenden Auswirkungen dieser beiden Werke hat die Beunruhigung bei der Bevölkerung noch sehr gesteigert.

Wie einer letzten Meldung zu entnehmen ist, hat die Vorarlberger Regierung kürzlich in Sachen «Thermisches Kraftwerk Rüthi» eine Information durchgeführt und dazu verschiedene Interessenverbände eingeladen.

Unsere Bevölkerung muss es als eine Sorglosigkeit und als mangelnde Information betrachten, dass seitens unserer Behörde noch keine öffentliche Stellungnahme bekanntgegeben worden ist.

Wir erachten es als unsere Pflicht, der Fürst-

lich liechtensteinischen Regierung, im Namen des Verkehrsvereins Vaduz, übereinstimmend mit einem Grossteil der Bevölkerung, unseren Standpunkt darzulegen.

Neben der Sorge um die Gesundheit unserer Bevölkerung und der klimatischen Verhältnisse, sowie die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt, bewegt uns folgendes zu unserem Vorgehen: In Zeiten, in denen man noch keine wirtschaftliche Konjunktur ahnte, geschweige denn eine Dämpfung, wurde von privater und behördlicher Seite mit viel Mühe, Opfer und Geldeinsatz mit dem Aufbau eines neuen Wirtschaftszweiges — dem Fremdenverkehr — begonnen und bis zum heutigen Tag erfolgreich weitergeführt und auf einen Stand gebracht, der einen